Montag, 26. September 1921 · 69. Jahrgang Nr. 453

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 20 Pf.

Der Stand der Mark

Einhundert Mark kosten in:

		Letzter Kurs	Vorletzt. Kurs	Kurs v. 1.7.1914
New-York	Dollar	0,92	0,92	23,81
Amsterdam	Fl.	2,88	2,90	58,82
Kopenhagen	Kr.	5,30	5,30	88,88
Stockholm	Kr.	4,25	4,25	88,88
Christiania	Kr.	7,35	7,50	88,88
Zürich	Fr.	5,32½	5,37½	125,—
Prag	—,—	—,—	117,64	
London	Sh.	—,—	4,92	100,00
Paris	Fr.	—,—	13,00	125,00
Rom	Lire	—,—	22,92	125,00

Lebensmittelpreise von heute

Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.

Zufuhr in Fischen knapp, Preise für Seefische etwas höher

Schellfisch 5 bis 5,50 Mark, Kabeliau 5,50 bis 6 Mark, Seelachs 4,50 bis 5 Mark, Rotzunge 4,50 bis 5 Mark, grüne Heringe 4 bis 4,50 Mark das Pfund. In Eis gepackt: Hechte 8 bis 10 Mark, Karpfen 9 bis 10 Mark, Schleie 10 bis 12 Mark, Zander 9 bis 10 Mark, Bleie 4 bis 6 Mark, Plötzen 5 bis 6 Mark das Pfund, lebend: Hechte 11 Mark, Schleie 16 Mark, Aale 20 bis 22 Mark, Bleie 8 bis 9 Mark, Karpfen 13 Mark das Pfund. – Kartoffeln 0,65 bis 0,70 das Pfund. – Eier 2,20 bis 2,30 das Stück.

Schnelldienst

Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau berichtete heute den Vertretern der Koalitionsparteien über seine Verhandlungen mit Loucheur. Auch die Vertreter der Opposition wurden informiert.

An der Berliner Börse vollzogen sich heute weitere stürmische Aufwärtsbewegungen am Aktienmarkt. Die Devisen waren fest, die Umsätze aber gering.

In Dublin glaubt man, daß der englisch-irischen Konferenz seine Hindernisse mehr im Wege stehen. Griffith erklärte, man werde nicht von der Unabhängigkeit Irlands sprechen.

Rathenaus dritte Begegnung mit Loucheur wird in den ersten Oktobertagen stattfinden.

200 wohlhabende amerikanische Juden haben beschlossen, für die Bekämpfung des Hungers in Europa 14 Millionen Dollars zu stiften.

Nach einer Meldung aus Budapest erklären „maßgebliche politische Persönlichkeiten", daß eine Einigung über Westungarn bevorstehe. Ungarn werde das Burgenland räumen, aber von den Alliierten die Stadt Oedenburg und einen Grenzstreifen zugesprochen erhalten.

Notwendige Klärung.

Der Wiederbeginn des Parlaments.

O. N. Morgen tritt der deutsche Reichstag nach langer Sommerpause wieder zusammen, und übermorgen wird auch das Plenum des preußischen Landtages tagen. Wir stehen vor einem ereignisreichen parlamentarischen Winter, und schon die ersten Tage werden erkennen lassen, ob jene Politik durchführbar ist, der man jetzt in Görlitz und Heidelberg rein formal den Weg geebnet hat.

Es schien bereits, als ob die Hauptschwierigkeiten, die der sogenannten großen Koalition, der Arbeitsgemeinschaft von Scheidemann bis Stresemann, entgegenstanden, durch den Görlitzer Beschluß beseitigt seien. Die Deutsche Volkspartei hatte ja bereits früher wiederholt erklärt, daß sie bereit sei, auch mit der Sozialdemokratie in eine Regierung zu gehen. Görlitz brachte die Bereiterklärung der Gegenseite. Aber kaum war die Görlitzer Entschließung gefaßt, da setzte in der Deutschen Volkspartei eine Bewegung ein, deren Gründe man unschwer erraten kann. Nachdem sich die Sozialdemokratie nun bereit erklärt hatte, Koalitionspolitik als reine Arbeitsgemeinschaft und nicht als Gesinnungsgemeinschaft anzusehen, da glaubte der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei die Konjunktur wahrnehmen zu können, um bei der Umbildung des Reichskabinetts den verhaßten Reichskanzler über Bord befördern zu können. Daß sich Herr Stresemann diesem Flügel seiner Partei wieder einmal gegen seine eigene bessere Erkenntnis schleunigst subordinierte, bedeutet nicht gerade einen Befähigungsnachweis für diesen strebsamsten unter den deutschen Politikern. Denn die Stürmer haben sich arg verrechnet. Ihre Offensive ist Herrn Dr. Wirth ausgezeichnet bekommen. Zentrum und Sozialisten haben sich einmütig für ihn erklärt, und die Demokratie läßt verkünden, daß sein Verbleiben aus außenpolitischen Gründen unbedingt notwendig ist.

Dr. Wirth bleibt also. Aber wir möchten auch behaupten: die große Koalition kommt dennoch. Nachdem die Dinge sich einmal so weit entwickelt haben, kann keine Partei sich mehr der Verantwortung und Pflichten entziehen, die ihr die Entwickelung auferlegen. Wir sind freilich der Meinung, daß man die Dinge nicht überstürzen soll. Einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage muß die Einigung über ein sachliches Programm vorausgehen. Die Erfüllungspolitik und die Steuerfragen stehen hierbei im Vordergrunde. Eine Einigung ist nicht unmöglich. Hat sich doch im Reichswirtschaftsrat eine Einmütigkeit von dem deutschnationalen Landbundführer v. Richthofen bis zu dem Unabhängigen Dr. Hilferding in der Grundfrage ergeben. Das Angebot der Industrie, durch private Gelokredite dem Reiche beizuspringen, erleichtert die Einigung. Es muß jedoch bei den Verhandlungen klar erkenntlich werden, wie weit die großen produktiven Schichten in Deutschland zu gehen bereit sind und ob die parlamentarischen Vertreter dieser Schichten gewillt sind, die Zusicherungen gesetzgeberisch einzuhalten. Gewiß kann es sich dabei nur um den äußeren Rahmen handeln, denn die Einzelfragen sind ja selbst in den einzelnen Parteien der heutigen Regierungskoalition strittig. Aber es hat keinen Zweck, eine Regierungskoalition zu schaffen, wenn ihre Operationsbasis nicht vorher festgelegt ist. Ueber die Personenfragen wird man um so leichter einig werden, wenn eine programmatische Verständigung erfolgt ist.

Es wäre natürlich denkbar, daß sich der wünschenswerte Zustand einer Regierung der breiten Mitte, die die Steuern verabschiedet und die Erfüllungspflicht sichert, nicht herstellen läßt. Verschiedene Aeußerungen der Rechtspresse deuten darauf hin, daß man in manchen Kreisen der Industrie darauf hofft, um um die Zusage der Goldkredite wenigstens teilweise herumzukommen. Andere Stimmen wieder beschäftigen sich mit der Frage der „Kompensationen" auf steuerlichem Gebiet, und schließlich wiederholt die deutschnationale Presse die bayerische Taktik gegenüber der Deutschen Volkspartei. In Bayern versuchten die Deutschnationalen durch ihre Keimzellen in der Bayerischen Volkspartei, durch die aufgekaufte Presse und durch eine äußerliche und geräuschvolle Stimmungsmache die Bayerische Volkspartei einzuschüchtern. Teilweise gelang das Manöver, aber in den beiden entscheidenden Fragen, der Wiederwahl Kahrs und der Teilnahme der Deutschnationalen an der Koalition, erlitten die Deutschnationalen eine klare Niederlage. Jetzt versuchen sie in der Reichspolitik auf die Deutsche Volkspartei ähnlich einzuwirken wie in Bayern auf die Bayerische Volkspartei. Im Reiche haben sie zunächst einen stärkeren Rückhalt in der Deutschen Volkspartei, da ein Teil der Schwerindustrie keinen Hehl daraus macht, daß er es mit derjenigen Rechtspartei hält, die die privaten Interessen der Industrie über alles andere stellt. Gleichzeitig versucht man alle Druckmittel, um den Streit innerhalb der Deutschen Volkspartei aufzuwühlen. Man putscht den rechten Flügel der Volkspartei auf, indem man besonders seine Sozialistenscheu zu steigern sucht.

Der unbeteiligte Zuschauer kann abwarten, wie der Kampf in der Deutschen Volkspartei ausgehen wird. Es ist anzunehmen, daß Vernunft und Einsicht schließlich siegen werden, selbst wenn die eine oder andere deutschnationale Keimzelle die Volkspartei schließlich verläßt. Aber die jetzigen Regierungsparteien sollten sich nicht auf eine solche abwartende Haltung beschränken. Die Zeit drängt. Es muß rasch gehandelt werden. Kommt die aus sachlichen Gründen wünschenswerte breite Regierungsmitte nicht zustande, dann muß die Regierung versuchen, wie sie anders eine Erfüllungsmehrheit zusammenbringt. Die U. S. P. hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie einer gerechten Erledigung der Steuerreform nicht widerstreben wird. Ja, Karl Kautsky hat kürzlich in einem Artikel der „Freiheit" angedeutet, daß die Partei heute vielleicht geneigt sei, ihre grundsätzliche Weigerung, mit nichtsozialistischen Parteien in eine Regierung zu gehen, aufgeben wird. Weigert sich die Deutsche Volkspartei, an einer wirklichen Erfüllungspolitik mitzuwirken, so muß die Verbindung nach links hin sofort aufgenommen werden. Zu dieser Möglichkeit einer Politik nach zwei Seiten liegt ein großer taktischer Vorteil für die Regierung. Und gerade Herr Wirth ist der Mann, der ihn voll ausnutzen kann zugunsten einer ernsten Erfüllungspolitik und damit zugunsten einer Revisionsmöglichkeit der Londoner Unmöglichkeiten.

Die Beisetzung der Opfer von Oppau.

Ansprachen des Reichspräsidenten und des Grafen Lerchenfeld. – Das Beileid der französischen Militärbehörden. — Eindrucksvoller Verlauf der Feier.

Mannheim, 25. September.

Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz, und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landtags und Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der interalliierten Rheinlandkommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbefehlshabers General Degoutte vertreten, welche beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berühre wohltuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der badische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtags, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

*

Reichspräsident Ebert hielt am Grabe eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„In tiefster Erschütterung stehen wir heute am Ort der großen Katastrophe, die in der Morgenfrühe des 21. September ganz Deutschland in Schrecken und Aufregung versetzt hat, einer Katastrophe, die die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte.

Mit schmerzbewegtem Herzen betrauern wir heute den Tod so vieler pflichttreuer Arbeiter, die dem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen sind, beklagen wir die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen, deren Qualen und Schmerzen wir mitempfinden. Gewaltig ist die Zahl der Toten und Verwundeten.

Es ist mir ein dringendes Herzensbedürfnis gewesen, zur heutigen äußeren Feier teilnehmender Trauer hierher zu kommen und den Hinterbliebenen, den Verwundeten und Beschädigten auch von dieser Stelle aus nochmals die innigste Anteilnahme der Reichsregierung und, wie ich sagen darf, des gesamten deutschen Volkes an ihrem Unglück auszusprechen.

Sie dürfen überzeugt sein, daß die weitesten Kreise Deutschlands mit den Hinterbliebenen der Toten und den zahlreichen Verletzten herzlichste Teilnahme empfinden. Auch weit über die Grenzen des Reiches hinaus hat das Unglück Widerhall und Teilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind Beileidskundgebungen und Zeichen hilfsbereiten Beistandes eingelaufen, die uns wohltuend berührt haben und für die ich hier nochmals Gelegenheit nehme zu danken. Ehrliches Mitgefühl beschränkt sich nicht auf Worte. Gleich nach dem Unglück hat sich überall menschenfreundliche und brüderliche Hilfe getragt. Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Organisationen, industrielle und finanzielle Unternehmungen, die die einzelnen Mitbürger in Stadt und Land haben bereits erhebliche Beträge zur Vermeidung materieller Not aufgebracht. Eine Hilfsaktion größten Umfanges hat begonnen, und wir dürfen hoffen, daß es uns gelingen wird, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorge um das tägliche Leben abzunehmen.

Hochverehrte Damen und Herren! In die Stätten blühender Arbeit, in eine Musteranstalt deutschen Unternehmungsgeistes und deutschen Arbeitswillens sind uns unbekannte Kräfte der Zerstörung mit elementarer Wucht eingebrochen, das zerstörend, was Erfindungsgeist und Schaffenskraft in jahrelanger Arbeit errichtet haben.

Hart ist das Geschick, und doch wird es uns nicht lähmen in unserem Entschluß, das Zerstörte wieder aufzubauen.

Wie wir hier trotz des Waltens finsterer Mächte unerschüttert sofort wieder an das Werk gehen werden, was heute hier in Trümmern liegt, morgen wieder aufzubauen, so wollen wir auch im ganzen Volk und im ganzen Deutschen Reich fortfahren, mit festem Willen und in harter Arbeit aller produktiven Kräfte unser wirtschaftliches Leben wieder aufzubauen und trotz der harten Schicksalsschläge, die uns, wie kaum ein Volk in der Weltgeschichte, getroffen haben, schaffensfreudig uns eine bessere Zukunft zu erarbeiten.

*

Im Orte Oppau traten gestern Gerüchte auf, wonach sich unter den Trümmern noch Lebende befinden sollten. Man wollte sogar wissen, daß Klopfzeichen zu hören seien. Ferner wurde gesagt, daß den Eingeschlossenen durch Röhren Sauerstoff und Nahrungsmittel zugeführt würden. Da sich das Gerücht mit großer Hartnäckigkeit behauptete, sah sich die Mannheimer Feuerwehr kurz vor ihrem Abrücken veranlaßt, den Gerüchten nachzugehen. **Es stellte sich, wie die „Neue Badische Landeszeitung" zu melden weiß, einwandfrei heraus, daß im Dorfe Oppau keinesfalls Ueberlebende unter den Trümmern sich befinden.** Eine solche Möglichkeit für die Fabrikanlagen selbst wird von der Leitung der Fabrik auf das bestimmteste in Abrede gestellt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der seitens der Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist von 69 auf 90 gestiegen.

Die Ursachen der Explosion.

Nach den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen steht nunmehr fest, daß die Katastrophe im Oppauer Werk der badischen Anilin- und Sodafabrik auf die Explosion eines Lagers von etwa 4500 Tonnen Ammoniumsulfatsalpeters zurückzuführen ist. Es haben zwei Explosionen stattgefunden, zunächst eine schwächere und einige Sekunden später eine sehr starke, auf welch letztere die verheerende Wirkung der Katastrophe zurückzuführen ist. **Auf welche Vorgänge die aufgetretene Explosion zurückzuführen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden und wird sich auch mit Sicherheit kaum ermitteln lassen, weil sämtliche zur Zeit der Explosion in den betreffenden Bauten beschäftigte Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind.**

14 Millionen Dollars für Europa.

Eine amerikanische Stiftung.

Paris, 26. September. (E. E.)

Die „Chicago Tribune" meldet aus Chicago: Zweihundert bekannte Juden der Vereinigten Staaten, die gestern Gäste von Julius Rosenwald waren, beschlossen, für ein Hilfswerk zur Bekämpfung des Hungers in Europa 14 Millionen Dollars zu stiften und dabei mit dem amerikanischen Ernährungshilfswerk und der Gesellschaft der Freunde zusammenzuarbeiten.

*

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten gewährte den Farmern einen Vorschuß von 15 Millionen Dollars, um ihnen die Verschiffung von Getreide nach Europa zu ermöglichen.

Portugal soll mit nach Washington. Die Vereinigten Staaten werden Portugal einladen, an der Washingtoner Konferenz teilzunehmen, um seine Interessen im Stillen Ozean zu vertreten.

Der deutschdänische Luftverkehr. Am 27. September findet in Kopenhagen eine Konferenz von Vertretern der deut-